

■ Gleichstellung: Die Schattenseiten der Teilzeit	2
■ Steuern: Besitzsteuern ohne Biss	3
■ Wohlstand: Die Vermessung der Lebensqualität – Suche nach neuen Wohlstandsindikatoren	4
■ Staat: Öffentlicher Dienst – Den Stellenabbau zu weit getrieben	6
■ Arbeitsmarkt: Weniger Spekulation, mehr Jobs	7
■ TrendTableau	8

ÄLTERE BESCHÄFTIGTE

Europäer länger im Job

Fast überall in Europa sind Beschäftigte heute länger berufstätig als kurz nach der Jahrtausendwende. Deutschland zählt zu den Ländern mit den höchsten Zuwächsen bei der Lebensarbeitszeit.

Von den 55- bis 59-Jährigen, die 1996 in Deutschland beschäftigt waren, arbeiteten 2001 bereits 61 Prozent nicht mehr. 2008 lag die „Rückzugsrate“ der fünf Jahre zuvor 55- bis 59-Jährigen jedoch nur noch bei 45 Prozent. Viele Ältere blieben also länger im Job. Das geht aus dem aktuellen Altersübergangsreport des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) hervor. Besonders bei Frauen und in Ostdeutschland hat sich „der Austritt aus dem Erwerbsleben verlangsamt“, so die IAQ-Forscher Martin Brussig und Sarah Mümken.*

Die Wissenschaftler haben zudem die Veränderung der Rückzugsraten im übrigen Europa untersucht. Mit einem Rückgang um mehr als ein Viertel liegen **Schweden, die Niederlande und Deutschland** an der Spitze. Aber auch in den meisten anderen Ländern ziehen sich immer weniger Arbeitnehmer zwischen ihrem 60. und 65. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben zurück. Frühere Austritte aus dem Arbeitsleben – also eine gestiegene Rückzugsrate – sind lediglich in fünf Ländern zu beobachten. Darunter ist etwa Dänemark, wo das Rentenalter 2004 von 67 auf 65 Jahre gesenkt wurde.

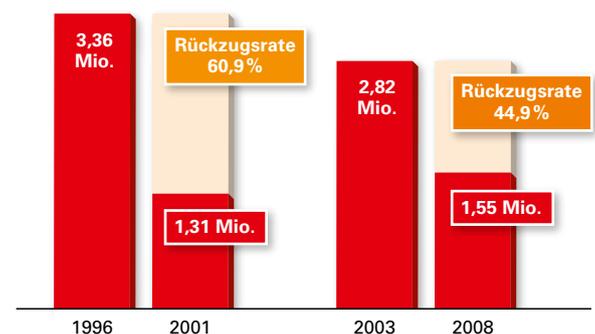
Trotz des eindeutigen Trends zu längerer Berufstätigkeit: **Die absoluten Niveauunterschiede in Europa sind erheblich.** So waren 2008 in Ungarn nur rund 30 Prozent der 55- bis 64-Jährigen berufstätig, während die Quote in Island über 80 Prozent lag. Deutschland nimmt mit 53 Prozent eine mittlere Position ein. Allerdings waren das nach wie vor 29 Prozentpunkte weniger als bei den Jüngeren. Für ganz Europa gilt laut Brussig und Mümken: Am niedrigsten sind die Erwerbsquoten älterer Frauen und geringer Qualifizierter. Letztere hätten oft mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen und schlechte Chancen am Arbeitsmarkt.

Die höhere Altersbeschäftigung ging laut IAQ nicht zulasten jüngerer Arbeitnehmer: Wo die Zahl der älteren Beschäftigten zugenommen hat, ist die Beschäftigungsquote der 25- bis 54-Jährigen nicht gesunken. Meist legte die Erwerbsquote in beiden Altersgruppen zu. ◀

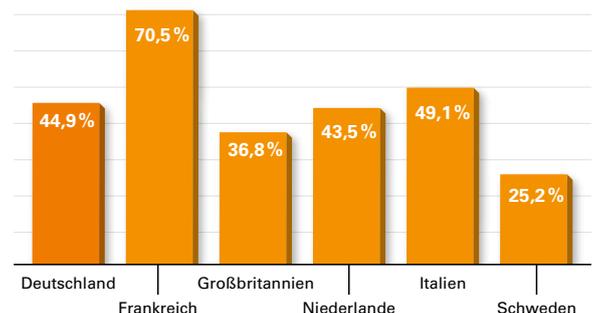
* Quelle: Martin Brussig, Sarah Mümken: Alterserwerbsbeteiligung in Europa – Deutschland im internationalen Vergleich, Altersübergangsreport 1/2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Immer älter in die Rente

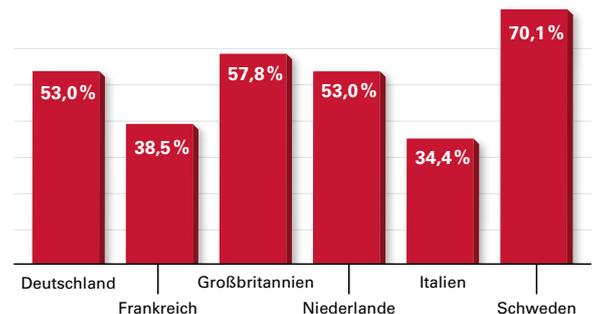
Von den 55- bis 59-jährigen Beschäftigten der Jahre 1996 bzw. 2003 arbeiteten fünf Jahre später noch ...



2008 betragen die Rückzugsraten in Europa ...



Von allen 55- bis 64-Jährigen waren 2008 **erwerbstätig***...



* Tätigkeiten ab einer Stunde pro Woche
Quelle: Brussig, Mümken 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Die Schattenseiten der Teilzeit

In Deutschland hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen stark zugenommen. Etwa jede vierte erlebt allerdings längere Phasen prekärer Beschäftigung.

Im Erwerbsverlauf von Frauen spielt Teilzeitarbeit oft eine wichtige Rolle. Dabei wirkt der Job mit reduzierter Stundenzahl ambivalent, so WSI-Forscherin Christina Klenner: Einerseits hilft er, Erwerbsarbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Andererseits bleiben viele Frauen mit Teilzeittätigkeit eher am Rande des Arbeitsmarkts stecken. Um den Charakter von Teilzeitjobs besser zu erforschen, hat Klenner zusammen mit ihrer Berliner Kollegin Tanja Schmidt die Tätigkeiten von Frauen über sieben Jahre hinweg betrachtet.*

Dazu zogen die Forscherinnen für die Jahre 2001 bis 2007 Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel für Frauen der Jahrgänge 1965 bis 1979 heran. Hauptunterscheidungsmerkmal ihrer Analyse: Kinder im Haushalt. Denn Versorgungspflichten für minderjährige Kinder sind eine entscheidende Ursache für Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen, so Klenner und Schmidt. Deshalb teilen sie die untersuchten Frauen in zwei Gruppen ein: jene, die über 60 Prozent der beobachteten Zeit mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt leben – und jene, die dies den größeren Teil der Zeit nicht tun.

Insgesamt kommen die Forscherinnen auf sieben typische Erwerbsverläufe von Frauen – vier mit und drei meist ohne Kinder im Haushalt:

Teilzeiterwerbsverlauf mit Kindern. Diesem Typ gehören fast 40 Prozent der Frauen mit Kindern an. Sie arbeiten fast durchgängig in Teilzeit. Bei mehr als vier von zehn handelt es sich um Minijob-Verläufe mit häufigen Arbeitgeberwechseln. Insgesamt 64 Prozent haben Minijob-Episoden. Die Mehrheit ist zwischen 31 und 34, lebt überdurchschnittlich häufig mit einem Partner und hat einen mittleren Bildungsabschluss. Diesen Verlaufstyp leben überwiegend Frauen im Westen.

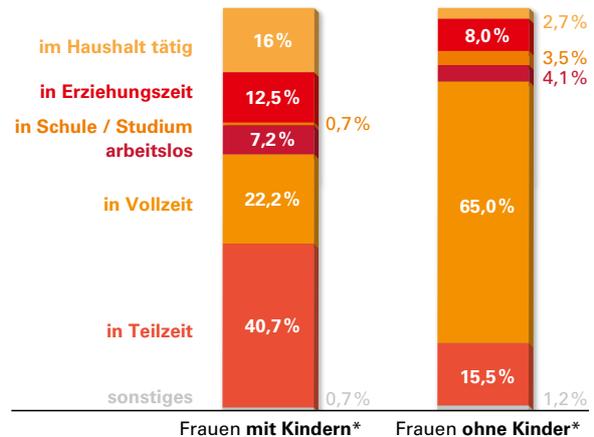
Diskontinuierlich prekärer Verlauf mit Kindern. Zu diesem mit 27 Prozent zweithäufigsten Typ gehören Mütter, deren Status sich sehr häufig ändert: Arbeitslosigkeit, Erziehungszeit, Erwerbstätigkeiten in Teil- und Vollzeit, Haushaltstätigkeit. Weit überdurchschnittlich sind sie im untersten Einkommensviertel. Oft leben diesen Typus ostdeutsche Frauen. Viele sind jünger und zumindest zeitweise alleinerziehend. Sie haben niedrigere Schulabschlüsse als der Schnitt, 23 Prozent haben (noch) keine abgeschlossene berufliche Ausbildung.

Haushaltstätigkeitsverlauf mit Kindern. 14 Prozent der Frauen mit Kindern arbeiten überwiegend im Haushalt, davon knapp ein Drittel während des gesamten Beobachtungszeitraums. Ein Fünftel von ihnen beschränkt sich nach der Erziehungszeit auf die Hausarbeit. Hier finden sich jüngere und ältere Frauen, zumeist in Westdeutschland. Sie leben überdurchschnittlich lange mit einem Partner im Haushalt, haben oft Abitur, aber keinen beruflichen Abschluss.

Vollzeiterwerbsverlauf mit Kindern. Knapp 20 Prozent der Mütter sind überwiegend in Vollzeit erwerbstätig, wenn auch teilweise mit kurzen Unterbrechungen durch Erziehungszeiten. Frauen im Osten entsprechen diesem Typ weitaus häu-

Ohne Kinder öfter Vollzeit

In den Jahren 2001 bis 2007 waren Frauen ...



* in ihrem Haushalt während mindestens 60% des Zeitraums, kumulierte Zeiten in der jeweiligen Tätigkeit | Quelle: Klenner, Schmidt 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

figer als Frauen im Westen. Viele sind alleinerziehend, überdurchschnittlich viele Akademikerinnen.

Diskontinuierlicher Reduzierungsverlauf ohne Kinder.

21 Prozent der Frauen, die überwiegend ohne Kinder leben, lassen sich durch die Abfolge Vollzeit-Erziehungszeit-Teilzeit charakterisieren. Es sind vor allem junge, westdeutsche Frauen mit höherer Bildung, zumeist mit einem Partner.

Diskontinuierlich prekärer Verlauf ohne Kinder. Rund ein Viertel der untersuchten Lebensläufe der zweiten Gruppe weist zusätzlich Phasen der Arbeitslosigkeit auf. Der Anteil der Phasen in Teilzeit ist doppelt so hoch wie beim Reduzierungsverlauf. Die Frauen sind eher aus Ostdeutschland, zwischen 28 und 39 Jahre alt und haben einen Partner. Sie verfügen über ein mittleres Bildungsniveau.

Stabiler Vollzeiterwerbsverlauf ohne Kinder. Gut die Hälfte der Frauen, die meist ohne Kinder leben, ist durchgehend in Vollzeit tätig. Bei ihnen handelt es sich um jüngere und die ältesten Frauen, überdurchschnittlich aus Westdeutschland, mit mittlerer Bildung und die längste Zeit ohne Partner.

Frauen der Gruppe „überwiegend ohne Kinder“ hätten zwar entweder zu Beginn oder am Ende der Beobachtungszeit möglicherweise kurze Phasen mit Kind, so die Forscherinnen. Dies erkläre „jedoch nicht zur Gänze, dass zusammengenommen fast die Hälfte der Frauen, die überwiegend ohne Kinder leben, diskontinuierliche Erwerbsverläufe haben“. Gerade in Ostdeutschland lasse der Arbeitsmarkt eine stabile Erwerbstätigkeit kaum zu. „Denn auch ohne Kinder haben diese Frauen eher diskontinuierlich prekäre Erwerbsverläufe.“

Angesichts des Risikos, dass Frauen mit ausgeprägten Teilzeitverläufen keine andere Beschäftigung mehr finden, empfehlen die Forscherinnen, „die Debatte über zeitliche Vereinbarkeitsinstrumente nicht auf Teilzeit zu beschränken“. Zeitwertkonten oder die Flexibilisierung von Elternzeit und -geld im Lebensverlauf könnten unter Umständen bessere Zeitoptionen bieten als die Teilzeitarbeit. ◀

* Quelle: Christina Klenner, Tanja Schmidt: Teilzeitarbeit im Lebensverlauf von abhängig beschäftigten Frauen, in: Ute Klammer, Markus Motz (Hrsg.): Neue Wege – Gleiche Chancen. Expertisen zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, VS-Verlag, Wiesbaden 2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Besitzsteuern ohne Biss

Die privaten Nettovermögen in Deutschland sind viermal so hoch wie die öffentlichen Schulden. Trotzdem verzichtet der Staat auf eine substanzielle Besteuerung großer Besitztümer.

Deutsche Haushalte besaßen 2007 Immobilien, Wertpapiere und andere Anlagen im Wert von 8,6 Billionen Euro. Dies ist die jüngste vom Finanzministerium veröffentlichte Zahl zum privaten Nettovermögen, das sich aus der Aufrechnung von Vermögen und Schulden ergibt. 60 Prozent davon befinden sich laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung in den Händen des wohlhabendsten Zehntels der erwachsenen Bevölkerung, während rund zwei Drittel netto nicht über nennenswerten Besitz verfügen.

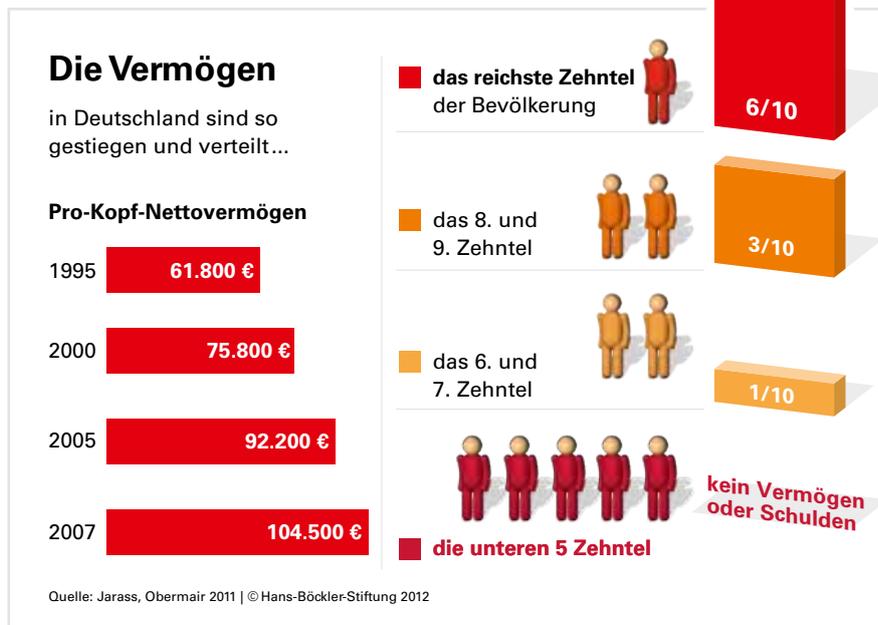
Der Staat zieht die hohen, auf einen relativ kleinen Personenkreis konzentrierten Vermögen jedoch nur in sehr geringem Umfang zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heran, konstatieren die Professoren Lorenz Jarass und Gustav Obermair: Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben, die Erbschaftsteuer verschont Besitz, der als Be-

hat auch das Verfassungsgericht nicht beanstandet, betonen Jarass und Obermair.

Um die Bedenken der obersten Richter auszuräumen, müsste eine Neufassung des Vermögensteuergesetzes vor allem die Bewertung von Immobilien verändern, so die Forscher: An die Stelle der veralteten und wenig realistischen Einheitswerte sollte der aktuelle Verkehrswert als Bemessungsgrundlage treten. Die dazu nötigen Informationen lägen in den Katasterämtern vor. Und in anderen Ländern sei zu beobachten, dass ein „verwaltungs- und streitarmes Bewertungsverfahren möglich ist“, schreiben die Wissenschaftler. Gerade beim Immobilienbesitz lasse sich die Vermögensbesteuerung so ausgestalten, dass eine Umgehung – etwa durch die Wahl eines ausländischen Wohnsitzes – praktisch unmöglich ist.

Erbschaftsteuer. Nach einer Überschlagsrechnung der Wissenschaftler werden in Deutschland jährlich rund 200 Milliarden Euro vererbt. 2009 lag das Erbschaftsteueraufkommen bei 4,3 Milliarden Euro. Die tatsächlich gezahlte Erbschaftsteuer würde dann gerade einmal gut zwei Prozent des vererbten Vermögens entsprechen. Ein wichtiger Grund für das geringe Aufkommen ist nach Analyse der Experten, dass Betriebsvermögen und in den Betrieb verschobenes Privatvermögen meist steuerfrei bleiben. Dies gilt seit der Erbschaftsteuerreform 2009 – obwohl die „Behauptung, die Erbschaftsteuer gefährde den Fortbestand mittelständischer Unternehmen“ Jarass und Obermair zufolge „durch keinen einzigen Fall belegt werden“ konnte.

Die Professoren schlagen vor, künftig alle vererbten oder verschenkten Vermögen über 100.000 Euro zu besteuern, unabhängig davon, ob es sich um Betriebsvermögen, Wertpapiere oder Privatimmobilien handelt. Damit würde das Steuerrecht enorm vereinfacht, Arbeitsplatzverluste durch Betriebsaufgaben seien aber nicht zu befürchten. Um große einmalige Zahlungen zu vermeiden, lasse sich die Steuerlast über die Jahre verteilen. Das Steueraufkommen dürfte – je nach exakter Ausgestaltung des Tarifs – im Vergleich zum heutigen Stand deutlich steigen. Die große Mehrheit der Bevölkerung würde durch den Freibetrag wie bisher keine oder kaum Erbschaftsteuer zahlen. Weitere Möglichkeiten, Vermögen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen, sehen die Experten in einer Reform der Grund- und Grunderwerbsteuer sowie der Einführung einer Finanztransaktionsteuer. ◀



triebsvermögen deklariert ist, und die Grundsteuer fußt auf veralteten Einheitswerten. Diesen Zustand halten die beiden Steuerexperten für nicht akzeptabel.* Zumal die Wohlhabenden dem Staat Geld liehen und dafür Zinsen bekämen, die „die Steuerzahler, also vor allem die normalen Arbeitnehmer“, bezahlen müssen. Daher haben die Wissenschaftler Reformvorschläge erarbeitet, die dem Staat jährliche Mehreinnahmen in Milliardenhöhe sichern würden:

Vermögensteuer. Seit 1997 wird diese Steuer nicht mehr erhoben, weil das Bundesverfassungsgericht die bis dahin praktizierte Ungleichbehandlung von Immobilien und Wertpapieren gerügt hatte. So werden heute nur noch tatsächlich zugeflossene Vermögenserträge oder durch Verkauf realisierte Wertsteigerungen erfasst – von der Einkommensteuer. Nicht realisierte Wertsteigerungen und große Vermögen, die kein laufendes Einkommen erwirtschaften, bleiben steuerfrei. Genau darum geht es aber bei der Vermögensteuer: um den erzielbaren Ertrag, nicht um den wirklich erzielten. Dies

* Quelle: Lorenz Jarass, Gustav Obermair: Steuer Mehreinnahmen – Maßnahmen zur nachhaltigen Staatsfinanzierung, MV Wissenschaft, Münster, Dezember 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Die Vermessung der Lebensqualität – Suche nach neuen Wohlstandsindikatoren

Weltweit werden neue Indikatoren zur Messung des Wohlergehens einer Gesellschaft erprobt – jenseits des Brutto sozialproduktes. Ein Überblick zum Stand der Debatten.

Bhutan hat einen „Glücksindex“, Amerika arbeitet an einem Indikatoren-System mit dreihundert Kennzahlen, in Deutschland diskutiert eine Enquete-Kommission: In vielen Ländern läuft die Suche nach neuen Verfahren zur Vermessung von Fortschritt und Wohlergehen. In einer Studie analysiert der Sozialwissenschaftler Christian Kroll von der London School of Economics die aktuellen Debatten.

► Die Stiglitz-Kommission

Als bekanntester Wohlstands-Indikator gilt seit den 1970er-Jahren das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Doch der misst nur die Wirtschaftskraft eines Landes als Menge von Gütern und Dienstleistungen, die hier produziert werden. Die Suche nach Alternativen habe zuletzt die vom französischen Staatspräsidenten initiierte Stiglitz-Kommission vor zwei Jahren angeschoben, so Kroll. Die hochrangig mit Nobelpreisträgern besetzte Expertenrunde hat in ihrem Bericht auf die Defizite des Indikators hingewiesen. So bleiben wichtige Faktoren für das Wohlergehen einer Gesellschaft unberücksichtigt, wie etwa Nachhaltigkeit oder Verteilungsaspekte. Auch Leistungen außerhalb des Marktes wie Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliches Engagement bleiben beim BIP außen vor. Daher empfiehlt die Kommission, den Fokus zu verschieben: von der Messung ökonomischer Produktion hin zur Messung des Wohlbefindens der Menschen. Die Bedenken der Stiglitz-Kommission fasst Kroll zusammen: „Wenn wir unser Handeln nach rein ökonomischen und zudem unzulänglichen Maßstäben wie dem BIP ausrichten, so die Logik, werden wir im Zweifel womöglich andere Entscheidungen fällen, als wenn wir das Wohlergehen der Menschen zum

zentralen Leitfaden unseres Wirkens auswählen.“ Daher empfiehlt die Kommission:

- das ökonomische Indikatorensystem zu überarbeiten,
- die Lebensqualität breiter zu messen,
- die Nachhaltigkeit stärker zu berücksichtigen.

Die Stiglitz-Kommission rät, acht Bereiche der Lebensqualität in den Fokus zu rücken: materieller Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten einschließlich Arbeit, politische Mitbestimmung und Regierungsführung, soziale Beziehungen, Umwelt, persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit.

Vor diesem Hintergrund analysiert Kroll im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Fallstudien zur aktuellen Indikatorenentwicklung in ausgewählten Ländern.

Der Wissenschaftler skizziert, wie sich verschiedenste Initiativen, Statistikämter und Kommissionen an der globalen Suche nach den neuen Wohlstandsindikatoren beteiligen. Als „Erfolgsformel“ habe sich häufig ein nationaler runder Tisch erwiesen, so die FES-Studie. Er bezieht verschiedene gesellschaftliche Akteure mit ein – Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft.

► Mitwirkung der Bevölkerung

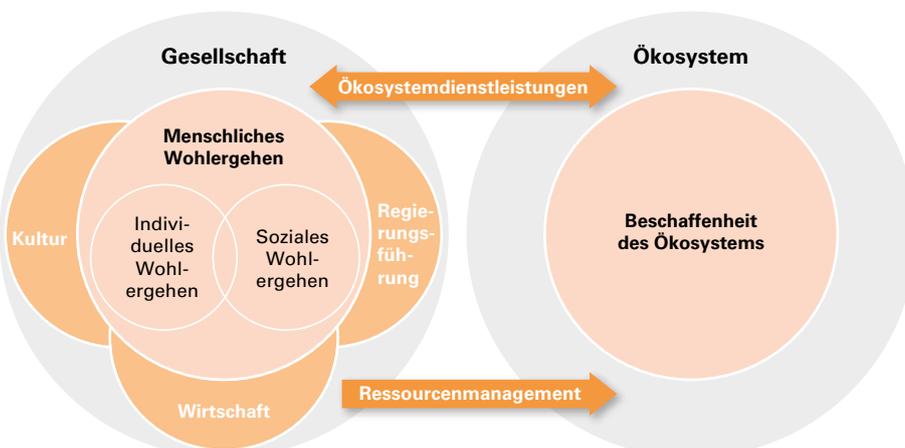
Die Länder beteiligen ihre Bürgerinnen und Bürger dabei sehr unterschiedlich. So fungiert in Deutschland eine Enquete-Kommission des Bundestags als runder Tisch. Die Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ nahm im Januar 2011 ihre Arbeit auf und will bis zum Ende der Legislaturperiode 2013 ihren Bericht vorlegen. Der Kreis

aus je 17 Abgeordneten und Sachverständigen beschäftigt sich mit der Entwicklung eines Indikatorensystems. Er stützt sich unter anderem auf Daten des statistischen Bundesamtes. Das veröffentlicht alle zwei Jahre den Bericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ mit 35 verschiedenen Maßzahlen.

Andere Länder setzen zusätzlich auf eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit am Diskussionsprozess durch direkte Teilnahme. In Großbritannien etwa fragte das Office for National Statistics die Bevölkerung, wie sie „well-being“ messen würde – per Website, Fragebögen, Antwortpostkarten und 175

Menschliches Wohlergehen: Was gehört dazu?

Ein Konzept der OECD



Quelle: Hall u.a. 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Ein Indikatorensystem für eine bessere Zukunft

Wirtschaftsleistung	Lebensqualität	Nachhaltigkeit
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf BIP pro Arbeitsstunde	Gesundheit: Potenziell verlorene Lebensjahre	Nettoanlageinvestitionen des privaten Sektors in Relation zum BIP
Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren	Bildung: Schüler und Studenten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren	Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Relation zum BIP
Private und staatliche Konsumausgaben pro Kopf	Persönliche Aktivitäten: Anteil der Arbeitnehmer in Schichtarbeit	Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo in Relation zum BIP
Harmonisiertes Verteilungsmaß für das Nettoeinkommen je Konsumeinheit, Einkommensquintilverhältnis	Politische Einflussnahme und Kontrolle: Mitspracherecht und Verantwortlichkeit	Fiskalische Nachhaltigkeitslücke
	Soziale Kontakte und Beziehungen: Häufigkeit von mit anderen Personen verbrachter Zeit für Sport, Kultur und in gemeinschaftlichen Organisationen	Kredit/BIP-Lücke
	Umweltbedingungen: Belastung der städtischen Bevölkerung durch Luftverschmutzung und Feinstaub	Reale Aktienkurslücke
	Persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit: Nicht-Armutrisikoquote	Reale Immobilienpreislücke
		Niveau der Treibhausgasemissionen
		Treibhausgasemissionen pro Kopf
		Rohstoffproduktivität
		Rohstoffverbrauch pro Kopf
		Indikator zur Biodiversität

Quelle: Conseil d'Analyse Economique, Sachverständigenrat Wirtschaft 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012



Veranstaltungen im ganzen Land. Mehr als 34.000 Antworten kamen zurück. Auch Italien und Australien setzen neben Expertenrunden auf solche Konsultationsprozesse. Vorteil dieser direkten Beteiligungsstrategie, so Kroll: Die Bevölkerung werde durch die Teilhabe sensibilisiert für Fragen des zukünftigen Zusammenlebens, in der Folge entstehe eine höhere Legitimität und Relevanz für das neue Indikatorensystem.

► Dashboard oder Index?

Bei der Suche nach Schlüsselindikatoren für nationales Wohlergehen stehen viele Statistiken schon lange zur Verfügung. Doch die Frage sei, „welche Maßzahlen aus dieser Menge an Informationen für eine Gesellschaft zum zentralen Leitfaden für politisches Handeln und zum Gradmesser des Wohlergehens erkoren werden sollen sowie wo strategische Lücken in der Dateninfrastruktur noch geschlossen werden müssen“, schreibt Kroll.

Einige Länder setzen auf einen differenzierten Index. Das so genannte „dashboard“ präsentiert sich in Form eines Armaturenbretts mit vielen Kennzahlen. So wird in den USA, die das Streben nach Glück in der Verfassung verankert haben, an einem „Key National Indicator System“ (KNIS) gearbeitet. Bis Mitte 2013 solle es rund 300 Einzelindikatoren umfassen, die auf einer Webseite benutzerfreundlich aufbereitet werden, schreibt Kroll.

Andere Länder bündeln ihre Wohlstandsindikatoren in einer einzigen Kennzahl. Kanada etwa entwickelt einen solchen Gesamtindex zum Wohlergehen, der auch die Veränderung der Lebensqualität über die Zeit abbilden soll. Das Königreich Bhutan führt ein „Gross National Happiness“ („Bruttonationalglück“) in der Verfassung, an dem sich die Politik orientieren soll. Vorteil der Indexlösung: Eine solche griffige Zahl lässt sich leichter kommunizieren und so auf mehr öffentliche Wahrnehmung hoffen. Der Nachteil: Ein Gesamt-Index kann nicht das komplexe Zusammenspiel verschiedener Bereiche der Lebensqualität abbilden: „Wie soll eine um 0,2 Jahre gestiegene Lebenserwartung mit einer um 4 Prozent gestiegenen Arbeitslosenquote verrechnet wer-

den?“ Der Sozialwissenschaftler Kroll schlägt einen Mittelweg vor: Ein kleines „dashboard“ mit den wichtigsten Werten, aus dem zusätzlich ein Index erstellt wird. In diese Richtung geht Australien. Hier befassen sich drei landesweite Initiativen mit der Wohlstandsvermessung. Jetzt soll der differenzierte „dashboard“-Ansatz mit dem einfacheren zu kommunizierenden Index verknüpft werden

Qualitätskriterien für die Auswahl der Indikatoren werden intensiv debattiert. Weitgehend einig sind sich die Länder, das subjektive Lebensgefühl ihrer Bürger mehr zu beachten. Objektive Faktoren der Lebensqualität – wie Einkommenshöhe, oder Bildungsabschluss – werden mit subjektiven Indikatoren ergänzt. Befragungen sollen ermitteln, wie zufrieden die Menschen sich fühlen mit ihrem Leben.

Ein weiteres Qualitätskriterium nennt etwa die OECD: Die Indikatoren sollten sich auf Ergebnisse konzentrieren. Das heißt: „Nicht nur messen, wie viel Geld zum Beispiel in das Gesundheitssystem eines Landes fließt, sondern besser, wie erfolgreich Krankheiten im Ergebnis bekämpft werden oder wie zufrieden die Patienten sind.“

► Chance zum Paradigmenwechsel

Der aktuellen globalen Debatte über die Neuvermessung der Lebensqualität billigt Kroll eine andere Qualität zu als früheren Anstrengungen. Sie verfüge über bessere Daten, mehr Aktive und ein breites Netzwerk. Damit berge sie durchaus das Potenzial, um einen wesentlichen Paradigmenwechsel herbeizuführen. Über ihren Erfolg entscheiden dürfte auch eine durchdachte Kommunikationsstrategie: Damit Bürger und Politiker dauerhaft über die Entwicklung der Lebensqualität informiert sind, sollten die Messergebnisse veröffentlicht und in den politischen Prozess integriert werden: Kroll schlägt vor, sie zum festen Bestandteil der Sozialberichterstattung zu machen und empfiehlt regelmäßige Stellungnahmen der Regierenden. ◀

* Quelle: Christian Kroll: Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Öffentlicher Dienst: Den Stellenabbau zu weit getrieben

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich gesunken – teils durch Privatisierung, teils durch Stellenabbau. Damit der Staat seine Aufgaben weiterhin erfüllen kann, wären knapp 100.000 neue Stellen nötig.

Seit der Deutschen Einheit ist der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nahezu stetig zurückgegangen – in wirtschaftlich guten Zeiten rascher als in schlechten. Ein wesentlicher Grund: Der Staat gibt immer weniger Geld für sein Personal aus. Das liegt nicht nur daran, dass die Zahl der Stellen im öffentlichen Dienst stark geschrumpft ist. Auch die Einkommenssteigerungen blieben hinter denen der Gesamtwirtschaft zurück. Das zeigen Berechnungen des Berliner Finanzwissenschaftlers Dieter Vesper.

Angebotspolitische Denkmuster prägten das Handeln der Politik, erläutert Vesper. Dazu gehörten die Annahmen, dass ein hoher Staatsanteil das Wachstum hemme und die Privatisierung staatlicher Leistungen die Antriebskräfte des Systems stärke. Doch kann der öffentliche Dienst nach Jahrzehnten der Schrumpfung nun überhaupt noch den Bedarf an öffentlichen Gütern decken? Dieser Frage ist das langjährige Mitglied im Kreis der Steuerschätzer im Auftrag des IMK nachgegangen.* Seine Antwort: Insgesamt arbeiten inzwischen zu wenige Beschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden. Besonders groß ist die Lücke an den Schulen.

Von 1991 bis 2010 ist die Zahl der Staatsbediensteten um 1,6 Millionen gesunken; das sind über 30 Prozent. Knapp die Hälfte des Stellenabbaus folgte daraus, dass der Staat

Zahl der Beschäftigten aber immer noch um 11 Prozent. Gegenwärtig sind rund 6,6 Prozent aller Einwohner im öffentlichen Dienst beschäftigt. Im Vergleich zu den Ländern des Euroraums liegt Deutschland damit inzwischen unter dem Durchschnitt.

Die verschiedenen staatlichen Ebenen bauten in unterschiedlichem Ausmaß Personal ab, zeigt Vesper:

Bund. Auf Bundesebene liegt der Rückgang bei insgesamt 30 Prozent – und ist primär auf die Entwicklung im militärischen Sektor zurückzuführen. Über den gesamten Zeitraum rückläufig war die Zahl der Beschäftigten aber auch in der Finanzverwaltung und bei Verkehrsbehörden wie in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung oder dem Kraftfahrt-Bundesamt.

Länder. Um 25 Prozent sank die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst der Länder. Starke Rückgänge verzeichneten die politische Führung und zentrale Verwaltung, besonders aber die Bereiche Gesundheit, Erholung und Umwelt, Soziale Sicherung sowie Wirtschaftsunternehmen. Bei letzteren handelt es sich zum Beispiel um Förderbanken, Wohnungs- oder Verkehrsunternehmen.

Gemeinden. Mit 38 Prozent fiel der Personalabbau auf der kommunalen Ebene massiv aus. Ein wesentlicher Faktor

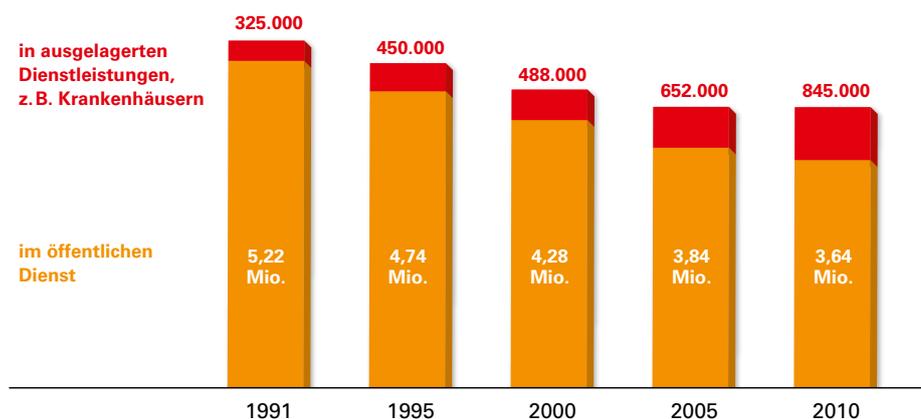
dabei war die Privatisierung zahlreicher Krankenhäuser. Zudem strichen die Gemeinden in der Sozialen Sicherung und dem Bildungssektor sehr viele Stellen.

„Mit dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst einher ging eine besorgniserregende Verschlechterung der Altersstruktur der Beschäftigten“, stellt Vesper fest. Vielfach stellte der Staat nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern in den Ruhestand keine jüngeren Arbeitnehmer ein, sondern strich deren Stellen. In den kommenden Jahren werden Bund, Länder und Gemeinden sich das nicht weiter erlauben können, so der Finanzexperte. Schätzungsweise bis zu 140.000 Beschäftigte werden pro Jahr in der nächsten Zeit in den Ruhestand gehen.

Unabhängig vom Nachwuchsproblem sieht der Forscher schon jetzt Indizien für einen höheren Personalbedarf. Der sei allerdings nur schwer zu quantifizieren, denn beim Bedarf an öffentlichen Gütern handele es sich um „eine kaum objek-

Staatsdiener werden immer weniger

So viele Beschäftigte arbeiteten für Bund, Länder und Gemeinden ...



Quelle: Vesper 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Wirtschaftsunternehmen wie die Bahn oder die Post, Krankenhäuser und Hochschulen zunehmend aus den Kernhaushalten ausgliederte. Bereinigt um diese Verschiebungen liegt der Rückgang bei 18 Prozent. Die Bundeswehr baute mit dem Ende des Kalten Krieges in starkem Maße Personal ab. Unter Berücksichtigung dieser „Friedensdividende“ sank die

Wirtschaftsunternehmen wie die Bahn oder die Post, Krankenhäuser und Hochschulen zunehmend aus den Kernhaushalten ausgliederte. Bereinigt um diese Verschiebungen liegt der Rückgang bei 18 Prozent. Die Bundeswehr baute mit dem Ende des Kalten Krieges in starkem Maße Personal ab. Unter Berücksichtigung dieser „Friedensdividende“ sank die

Wirtschaftsunternehmen wie die Bahn oder die Post, Krankenhäuser und Hochschulen zunehmend aus den Kernhaushalten ausgliederte. Bereinigt um diese Verschiebungen liegt der Rückgang bei 18 Prozent. Die Bundeswehr baute mit dem Ende des Kalten Krieges in starkem Maße Personal ab. Unter Berücksichtigung dieser „Friedensdividende“ sank die

tivierbare Größe“. Hilfsweise hat Vesper den Umfang des öffentlichen Dienstes in anderen Staaten und die unterschiedliche Personalausstattung der einzelnen Bundesländer zum Vergleich herangezogen:

- ▶ Für die Finanzverwaltung kommt er auf einen Zusatzbedarf von 4.500 Stellen – dann hätten alle Bundesländer mindestens so viele Bedienstete wie derzeit im Durchschnitt,
- ▶ im Polizeidienst errechnet er auf gleichem Wege einen Fehlbestand von 24.000 Stellen,
- ▶ im Bildungssektor fehlen im internationalen Vergleich 55.000 Lehrkräfte
- ▶ und in der Kinderbetreuung ergibt sich aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab zwei Jahren ein zusätzlicher Bedarf von 16.000 Stellen.

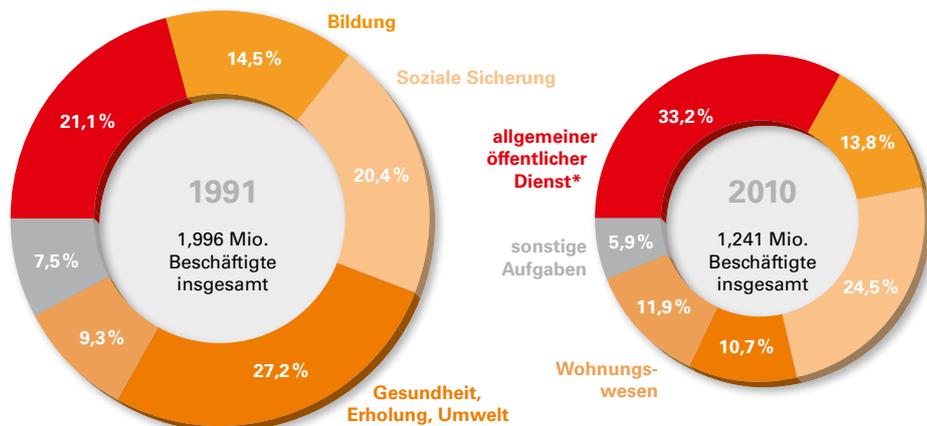
Vor dem Hintergrund der kürzlich im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse rechnet der Finanzexperte allerdings eher mit einer restriktiven Haushaltspolitik, besonders auf Länderebene. „Genau dies wäre aber ein falscher Ansatz“, warnt Vesper. Er rechnet bei einer Aufstockung des öffentlichen Dienstes um 100.000 Vollzeitstellen mit zusätzlichen Kosten von 5,5 Milliarden Euro – und erwartet positive Wir-

kungen für das Wirtschaftswachstum. Gerade Bildungsausgaben sorgten mittelbar für mehr Wachstum. „Ähnliches gilt für die institutionalisierte Kinderbetreuung, die für die Integration, Sozialisation und Ausbildung von Kindern unabdingbar ist“ – und somit ebenfalls förderlich für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. ◀

* Quelle: Dieter Vesper: Finanzpolitische Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Öffentlichen Dienstes in Deutschland, IMK Study Nr. 25/2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Gemeinden bauen über ein Drittel ihres Personals ab

Die kommunalen Beschäftigten arbeiteten in den Bereichen ...



*u.a. politische Führung, Verwaltung; Quelle: Vesper 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

ARBEITSMARKT

Weniger Spekulation, mehr Jobs

Strikter regulierte Finanzmärkte würden sich langfristig positiv auf die Beschäftigung auswirken.

„Eine konsequente Finanzmarktregulierung kann nicht nur einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung, sondern auch direkt zum Beschäftigungswachstum leisten.“ Zu diesem Schluss kommt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in einer aktuellen Studie.* Sie stützt sich vor allem auf die Arbeiten des ILO-Forschers Ekkehard Ernst, der die Beziehung zwischen Finanz- und Arbeitsmarktentwicklung untersucht hat.

Grundsätzlich könnten vom Finanzmarkt zwei unterschiedliche Effekte auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ausgehen, schreibt Ernst. Zum einen könnte ein hoch entwickeltes Finanzsystem die Finanzierung zusätzlicher Investitionen oder die Neugründung von Firmen erleichtern. Beides würde Jobs schaffen. Andererseits können Realwirtschaft und Beschäftigung auch unter einem Übergewicht der Finanzmärkte leiden – etwa wenn Fabriken geschlossen werden müssen, weil sich die Investoren nicht mehr mit der erwirtschafteten Rendite zufrieden geben und drohen, ihr Geld abzuziehen.

Um herauszufinden, welcher der beiden Effekte überwiegt, hat Ernst die Zusammenhänge zwischen Finanzsphäre und

Arbeitslosigkeit in 14 OECD-Ländern unter die Lupe genommen. Zur Charakterisierung des jeweiligen Finanzsystems flossen in seine statistische Analyse etwa Wachstum und Verschuldungsgrad des Bankensektors ein sowie ein Indikator, der beschreibt, inwieweit das jeweilige Land den Kapitalverkehr mit dem Ausland beschränkt. Andere Variable bilden die Schwankungsbreite von Wertpapierpreisen und Ausfallrisiken ab.

Ergebnis der Berechnungen: Größere und offenere Finanzmärkte beschleunigen die Arbeitsmarktdynamik. Es entstehen mehr neue Stellen, gleichzeitig verschwinden auch mehr alte. Allerdings wirken zwei Faktoren eindeutig negativ, nämlich das Maß der Unsicherheit an den Finanzmärkten und die Stärke der Kursschwankungen. Von einer Regulierung, die Anreize für besonders riskante Finanzgeschäfte beseitigt und Schocks durch mehr Markttransparenz vorbeugt, könnten die Arbeitsmärkte also stark profitieren, folgert Ernst. Besonders wenn Reformen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern international koordiniert stattfinden. ◀

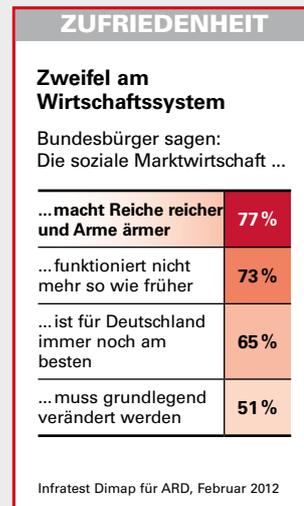
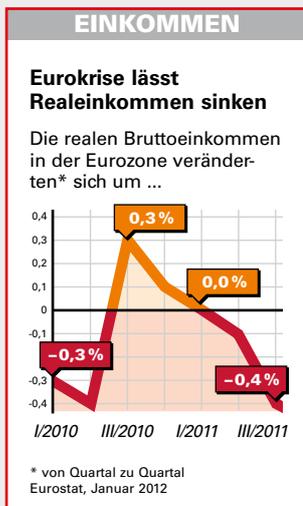
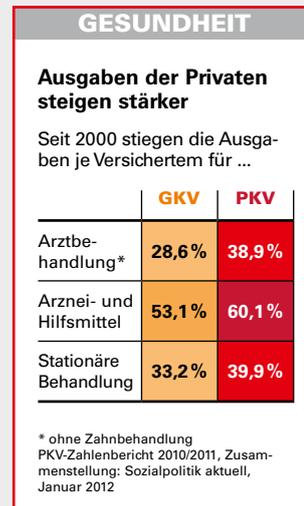
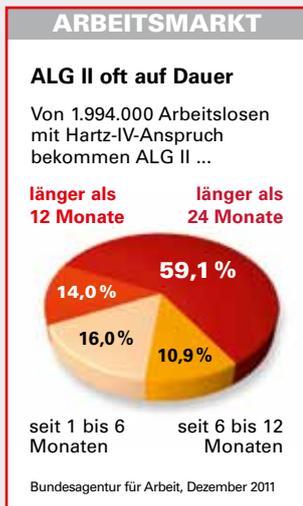
* Quelle: International Labour Organisation: Global Employment Trends 2012, Januar 2012; Ekkehard Ernst: The future of finance: Options for financial sector reforms and their labour market implications, 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARMUT:** Rund 115 Millionen Europäer, fast ein Viertel der EU-Bevölkerung, war 2010 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies zeigt ein Bericht des europäischen Statistikamts Eurostat. Von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens – also unterhalb der Armutsschwelle – lebten demnach 16 Prozent der EU-Bürger. Unter „erheblicher materieller Entbehrung“

litten 8 Prozent der Einwohner. Zu dieser Gruppe zählen Personen, die beispielsweise Schwierigkeiten bei der Begleichung ihrer monatlichen Miete haben oder ihre Wohnung nicht ausreichend heizen können. Etwa jeder zehnte Europäer lebte 2010 in einem Haushalt, in dem Erwachsene weniger als 20 Prozent des Jahres erwerbstätig waren. Viele Europäer sind von meh-

ren dieser Faktoren gleich-zeitig betroffen. So ergibt sich insgesamt eine Armuts- und Ausgrenzungsquote von 23,4 Prozent der Bevölkerung. Unter Kindern liegt die Quote mit 27 Prozent noch etwas höher.
 Eurostat, Februar 2012

► **LÖHNE:** Der Anstieg der Reallöhne hat sich 2011 abgeschwächt. Legte der durchschnittliche inflationsberei-

nigte Bruttomonatslohn im Jahr 2010 um 1,5 Prozent zu, war es im vergangenen Jahr nur noch 1 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Preisanstieg 2011 mit 2,3 Prozent deutlich stärker war als 2010 (1,1 Prozent). Nominal – also ohne Berücksichtigung der Preissteigerung – wären die Löhne 2011 im Schnitt um 3,3 Prozent geklettert.
 Statistisches Bundesamt, Februar 2012